

# 16. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

9.-11. März 2001, Stuttgart, Messegelände, Halle 4

Grüne

## Beschluss

### Die neue Landwirtschaft ist grün - Das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgewinnen

Der erste deutsche BSE-Fall am 24. November 2000 markierte den Wendepunkt für die Landwirtschaftspolitik in unserem Land. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Qualität und Unbedenklichkeit unserer Lebensmittel wurde nachhaltig beschädigt. Nach den Lebensmittelskandalen der vergangenen Jahre von Schweinedoping über krankmachende Aromen in der Nahrung bis zur Tierquälerei in der Geflügelmast mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher einmal mehr feststellen, wie ethisch zweifelhaft und risikobehaftet die Produktion von Nahrungsmitteln geworden ist. Der seit Jahrzehnten andauernde Wandel von der bäuerlichen Landwirtschaft zur agrarindustriellen Logik hat sich als Irrweg erwiesen.

Die oftmals belächelten Mahner von einst, sind die gefragten Reformer von heute. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen diese Herausforderung an. Seit unserer Gründung vor 20 Jahren setzen wir uns für eine natur- und verbrauchernahe Landwirtschaft ein. Diese Kompetenz werden wir nutzen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Die verunsicherten Verbraucherinnen und Verbraucher und die vor Existenznöten stehenden Landwirte brauchen einen Mittler, um wieder zueinander zu finden. Zusammen mit Renate Künast werden sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dieser Aufgabe entschlossen stellen.

Der neue Zuschnitt des Ministeriums ist mehr als eine organisatorische Veränderung. Es ist eine Neuausrichtung der Politik. Es geht nicht darum, Abteilungen von einem Ministerium in ein anderes zu verlegen. Vielmehr geht es darum, dem Verbraucherschutz in unserem Land einen neuen Stellenwert zu geben. Und es geht darum, die neue Landwirtschaft nach den Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher auszurichten.

Die neue Agrarpolitik bedarf der Unterstützung auf europäischer Ebene. Wir müssen auch die anderen Mitgliedsstaaten der EU von den Chancen der Agrarwende überzeugen. Dazu muss mehr Transparenz und Demokratie in Europa einziehen. Wir werden deshalb in Brüssel auf die Durchsetzung der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments in der EU Agrarpolitik dringen.

#### **Landwirtschaft hat nicht nur einen Preis, sie hat auch einen Wert**

Politikerinnen und Politiker, Landwirtinnen und Landwirte, Verbraucherinnen und Verbraucher



- wir alle müssen umdenken. Landwirtschaftliche Produkte haben nicht nur einen Preis. Sie haben auch einen Wert. Wir müssen

- weg von einer agrarindustriellen Logik, in der Rinder von Grasfressern zu Fleischfressern gemacht wurden,
- weg von einer agrarindustriellen Logik, in der Schweine mit Antibiotika gedopt wurden
- weg von einer agrarindustriellen Logik, in der Lebewesen zu reinen Gebrauchsgütern wurden.

Wir müssen

- hin zu einer neuen, verbraucherorientierten Landwirtschaft, die Qualität statt Überschüsse fördert.
- hin zu einer neuen, verbraucherorientierten Landwirtschaft, die auf artgerechte Tierhaltung statt Massentierhaltung setzt.
- hin zu einer neuen, verbraucherorientierten Landwirtschaft, die Boden und Wasser schützt statt Raubbau an der Natur zu betreiben.

Was wir brauchen ist eine Rückbesinnung weg von der agrarindustriellen Logik hin zu einer neuen, verbraucherorientierten Landwirtschaft. Das ist das, was wir mit der neuen Landwirtschaft meinen. Der Erfolg einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Agrarwende ist auch eine Frage des Bewußtseins, mit dem wir Landwirtschaft betreiben und uns an der Ladentheke entscheiden.

### **Die Verbraucherinnen und Verbraucher vor BSE schützen: Sicherheit ist der Anfang von neuem Vertrauen**

Mit dem alten System brechen bedeutet auch, die Folgen der verfehlten Politik konsequent zu bekämpfen. Ganz vorne steht dabei der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor BSE. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat haben mit dem totalen Verfütterungsverbot für alle protein- und fetthaltigen Tiermehlerzeugnisse bzw. Milchaustauscher und dem BSE-Testprogramm schnell reagiert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen, dass die Ministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft im nationalen Alleingang das Testalter der Rinder auf 24 Monate verringert hat. Ziel muss es sein, dass alle Tiere getestet werden. Auch das Verbot der Verwendung von Risikomaterial, die Verschärfung der Strafen für ungesetzliches Futtermittelpanschen und das Aufkaufen noch vorhandenen Tiermehls sind richtige Maßnahmen.

Weitere Aktivitäten zur Durchsetzung maximaler Lebensmittelsicherheit, von Transparenz in Futtermittel- und Lebensmittelproduktion und zur Einführung vorsorgender Tests bei jüngeren Rindern und anderen Nutztieren sind nötig. Eine Positivliste und die Pflicht zur offenen Deklaration für Futtermittel sind einzuführen, damit der Landwirt selbst kontrollieren kann, was er seinen Tieren zu fressen gibt. Wir setzen uns dafür ein, dass das Tiermehlverfütterungsverbot auch auf EU-Ebene dauerhaft erhalten bleibt. Die Forschung muss intensiviert werden, damit die Verbreitungs- und Infektionswege von BSE und der Creutzfeld-Jakob-Krankheit schnellstmöglich aufgeklärt werden.

Die BDK fordert die Ministerin für Landwirtschaft/VerbraucherInnenschutz auf, in Abstimmung mit den Ländern, die Aufhebung der noch vom früheren Landwirtschaftsminister Borchert u.

früheren Gesundheitsminister Seehofer erlassenen 2. BSE-Schutzverordnung zu betreiben und durch eine sachgerechte neue Verordnung zu ersetzen!

Zu den Folgen der BSE-Krise gehört auch der Zusammenbruch des Rindfleischmarktes. Verbunden mit Existenzangst bei den Landwirten und übervollen Ställen hat er dazu geführt, dass sich die Bundesregierung an der EU-Aufkaufaktion von Rindern beteiligt. Wir teilen die Einwände und ethischen Bedenken, Tiere zu schlachten und einen Großteil anschließend vernichten zu müssen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung auf, alle vertretbaren Möglichkeiten einer Verwertung als Lebensmittel zu nutzen. Für uns ist es besonders bitter, dass ausgerechnet eine grüne Ministerin die Folgen einer verfehlten Politik ausbaden muss, die wir immer bekämpft haben. Dass sinnlose Schlachtungen in Zukunft nicht mehr vorkommen, ist ein weiterer wichtiger Grund für die neue Landwirtschaft.

Der Bruch mit dem alten System darf aber nicht hinter den Kuhställen stehen bleiben. In der Tiermast gehören alle antibiotischen Futterzusatzmittel verboten. Über zwei Drittel der Bevölkerung lehnen genetisch veränderte Nahrungsmittel ab. Unser Ziel ist ein Verzicht auf gentechnisch veränderter Futter- und Lebensmittel gemäß der EU-Bioverordnung. Bis dahin setzen wir uns für klare Kennzeichnungsregelungen ein.

### **Die Neue Landwirtschaft: Klasse statt Masse fördern**

Das neue Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft ist das sichtbare Zeichen für die Wende in der Agrarpolitik. Nicht mehr Masse, sondern Klasse steht im Mittelpunkt. Jährlich fließen in Deutschland ca. 27 Milliarden Mark öffentliche Hilfen in die Landwirtschaft. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen, dass ihre bisherigen Steuermittel sinnvoller ausgegeben werden. Qualität statt Überschüsse, artgerechte Tierhaltung statt Massentierhaltung und Schutz von Boden und Wasser statt Raubbau beschreiben den notwendigen Wandel in der Förderpolitik von EU, Bund und Ländern.

Für diesen Weg müssen alle Beteiligten gewonnen werden, die heute im Bereich der Lebensmittelproduktion agieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren dafür, zusammen mit den VerbraucherInnenverbänden, den LandwirtInnen und der Futtermittelindustrie, aber auch der Lebensmittelindustrie, dem Einzelhandel und der Politik neue Wege zu beschreiten, die in einem großen Konsens getragen werden. Wir begrüßen, dass Renate Künast die AkteurInnen dieses magischen Sechsecks unmittelbar nach ihrem Amtsantritt an einen Tisch geholt hat.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen, dass mit Renate Künast nun eine grüne Politikerin in Berlin für den Bereich Landwirtschaft zuständig ist. Was wir von einer grünen Ministerin nun in jedem Fall - unabhängig von der momentanen BSE-Krise - erwarten, ist eine Abkehr von einer Tierhaltung, die die Tiere nur unter Gesichtspunkten der "Verwertung" behandelt. Gerade von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwartet die Öffentlichkeit, sowie die in diesem Bereich engagierten Menschen, eine tiergerechte Landwirtschaftspolitik.

In Zukunft dürfen nicht mehr die Tiere den möglichst profitablen Nutzungsbedingungen angepasst werden, sondern es müssen umgekehrt die Zucht- und Haltungsbedingungen an die natürlichen Bedürfnisse der Tiere angepasst werden. In diesem Sinne fordern wir, dass insbesondere die Käfighaltung von Legehennen verboten wird.

Bio schmeckt besser. Nicht nur aus Angst vor BSE, sondern auch aus Freude am Genuss fordern immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher eine Wende in der Agrarwirtschaft. Der Ökologische Landbau setzt dabei die Maßstäbe für die neue, zukunftsfähige Landwirtschaft, weil er die Erzeugung gesunder Lebensmittel verbindet mit dem Schutz der natürlichen

Ressourcen und tiergerechten Haltungsformen. Der Anteil des Ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlichen Produktion muss massiv erhöht, die Entwicklung der Verbrauchernachfrage weiter gefördert werden: In zehn Jahren soll ein Fünftel der Fläche Deutschlands ökologisch bewirtschaftet werden. Aber auch die übrigen 80 Prozent wollen wir durch geeignete Fördermaßnahmen auf einen neuen Qualitätsstandard bringen. Dabei gilt: Regional ist erste Wahl. Regionale Vermarktung soll stärker gefördert werden. Je weniger Schritte zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen liegen, desto mehr Vertrauen.

Was in Zukunft zählt, ist Qualität. Um dies zu erreichen, muss die Politik neue Rahmenbedingungen schaffen. Wir setzen auf einen Mix von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen.

Kurz- bis mittelfristig geht es um

- die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für eine umwelt- und tiergerechte Qualitätsproduktion.  
Dafür müssen die Mittel der Agrarförderung konsequent neu ausgerichtet und entsprechend sozial und ökologisch qualifiziert werden. Die bereits bestehenden Möglichkeiten der Agenda 2000 zur Knüpfung der Fördermittel an Umwelt- und Arbeitsplatzkriterien sollen voll genutzt werden. Heute fließen 7,3 Milliarden Mark an tier- und flächengebundenen Prämien an die Landwirte. Wir wollen einen beträchtlichen Teil dieser Subventionen an die Kriterien Ökologie, Arbeitsplätze und regionale Verwertung binden.  
Die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz wollen wir zu einem Förderinstrument für nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume umgestalten.
- ein Aktionsprogramm "Ökologischer Landbau".  
Im Rahmen dieses Programms sollen Bund und Länder alle Möglichkeiten zur Förderung der Umstellung auf Ökologischen Landbau ausschöpfen. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Förderung der Vermarktung. Außerdem fordern wir, dass öffentliche Institutionen, wie Krankenhauskantinen, Schulkantinen und Mensen, durch den Einsatz von Öko-Produkten Vorbildfunktion übernehmen. Unter der Überschrift „Das Beste für unsere Kleinsten“ wollen wir entsprechende Gespräche auch mit den Babynahrungsherstellern aufnehmen.
- ein Maßnahmenpaket für eine artgerechte Tierhaltung.  
Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat unter Federführung von Bärbel Höhn vor dem Verfassungsgericht ein richtungsweisendes Urteil zum Verbot von Käfigbatteriehaltung erstritten. Auf dieser Grundlage werden wir die Vorschriften für die Tierhaltung überarbeiten. Wir wenden uns gegen die EU-Subventionen für Lebetiertransporte und wollen eine Überarbeitung der EU-Tiertransportrichtlinie und kürzere Transportzeit durchsetzen. Vorhandene steuer-, bau- und emissionsrechtliche Privilegien für gewerblich-industrielle Massentierhaltung werden wir abbauen.
- neue Einnahmequellen für LandwirtInnen.  
Naturnaher Tourismus, regionale Vermarktung und die geplante Novelle des Naturschutzgesetzes eröffnen den Landwirten neue Einnahmequellen, die die Abhängigkeit von der klassischen Landwirtschaft reduzieren. Auch als Energiewirt erschließen sich den Landwirten neue Möglichkeiten. Die Fördermöglichkeiten in diesem Bereich sind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz breit gefächert. Nutzung von Solar- und Windkraft, Verwendung von Biogas oder Anlagen für Holzhackschnitzeln sind hier nur einige Stichworte.
- ein Verbot von Antibiotika als Futtermittelzusätze  
Wir setzen uns dafür ein, dass das für 2005 EU-weit vorgesehene Verfütterungsverbot von Antibiotika vorgezogen wird.

Mittel- bis langfristig muss für die neue Landwirtschaft

- die Auswertung (Mid-Term-Review) der Agenda 2000 vorgezogen werden, damit die Mittel stärker für die neue Landwirtschaft eingesetzt werden können.
- Tierhaltung wieder an den Boden gekoppelt werden.  
Wir setzen uns dafür ein, die Förderung der Tierhaltung an ein ökologisches Kriterium, die Fläche, zu binden. Der bürokratische Prämienwirrwarr soll durch eine einheitliche Grünlandprämie ersetzt werden. So wird erreicht, dass die Rindfleischproduktion vom Markt gesteuert wird und die Landwirte einen Anreiz erhalten, ihre Tiere auf der Weide grasen zu lassen.
- die Silomaisprämie zugunsten anderer Futterpflanzen gekürzt werden.
- Flächengesundung statt Flächenstilllegung an Bedeutung gewinnen, d.H. Leguminosenanbau zu Futterzwecken auf den Stilllegungsflächen
- Auf Landes-, Bundes- und Europaebene existieren gegenwärtig Agrarförderprogramme, die investiv auf neue Wirtschaftsgebäude und Anlagen zur Erneuerung und Ausweitung der Produktion in der in der landwirtschaftlichen Tierhaltung zur Verfügung gestellt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verlangen neue Kriterien bei deren Bewilligung. Sie sollen zukünftig an Auflagen der artgerechten und somit auch flächengebundenen Tierhaltung ausgerichtet sein.

### **Neues Vertrauen schaffen: Transparenz ist der Schlüssel**

Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen, bedarf es neben dem Schutz vor BSE und einer Umstellung der Förderpolitik mehr Transparenz. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wissen, was sie essen, woher die Produkte kommen und wie sie hergestellt wurden. Der Erfolg der neuen Landwirtschaft entscheidet sich an der Ladentheke. Zukünftig sollen die Bürgerinnen und Bürger die Wahl haben. Die Bundesregierung wird zwei neue bundesweite Qualitätssiegel für kontrollierte Qualität einführen:

- Ein einheitliches Qualitätssiegel für ökologischen Landbau, das für die Verbraucherinnen und Verbraucher leicht erkennbar ist, für nach strengen ökologischen Maßstäben hergestellte Produkte bürgt und nach den Vorgaben der entsprechenden EU-Verordnung ausgestaltet ist.
- Ein Qualitätssiegel für eine Lebensmittelproduktion, das die Einhaltung neu definierter Mindeststandards - wie umwelt- und naturschonende Produktionsweise, artgerechte und flächengebundene Tierhaltung, Produkte aus der Region und den Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik - für eine umwelt- und verbrauchergerechte Landwirtschaft garantiert.

Voraussetzung für eine vorsorgende Lebensmittelpolitik ist die Rückverfolgbarkeit von Futter- und Lebensmitteln sowie ihrer Zutaten über die gesamte Lebensmittelkette vom Erzeuger zum Verbraucher. Eine gläserne Lebensmittelproduktion vom Stall bis zur Theke soll durch die Einführung einer abschließenden Positivliste für zugelassene Futtermittelbestandteile, durch die offene Deklaration für Futtermittel, durch überarbeitete Stallbuchregeln, durch lückenlose Kontrollen und klare Lebensmittelkennzeichnung garantiert werden.

Auf der Kontrollseite zur Gewährung einer höchstmöglichen Sicherheit des Lebensmittel Fleisch fordern wir die zwingende Wiedereinführung der Fleischschau an Schlachthöfen nur durch dafür ausgebildete Tierärzte nicht durch sog. Laienfleischbeschauer aufgrund Ihrer Abhängigkeit zum Betreiber der jeweiligen Schlachthöfe.

## Wir schützen die Verbraucherinnen und Verbraucher und nicht den Verbrauch

Wie in der Landwirtschaft wird zukünftig für den Verbraucherschutz insgesamt gelten: die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gehen vor reinen Lobbyinteressen. Marktwirtschaft und Wettbewerb funktionieren nur dort sozial und ökologisch, wo Verbraucherinteressen gewahrt sind. Mit dem neuen Ministerium wird der Verbraucherschutz endlich unter einem Dach gebündelt. Die Belange der Verbraucherinnen und Verbraucher haben künftig einen Namen und eine Adresse.

Das Leitbild von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der vorsorgende Verbraucherschutz. Wir wollen die vitalen Schutzinteressen der Menschen durchsetzen. Dabei geht es um Gesundheitsschutz ebenso wie um den Schutz vor wirtschaftlichen Risiken oder Fragen im Zuge der Einführung des Eurobargeldes. Vorsorgender Verbraucherschutz versucht nicht erst dann zu handeln, wenn ein Schaden bereits eingetreten ist. Schutz und Sicherheit für die Verbraucher sollen präventiv durch ein eindeutiges und verständliches Gesetzes- und Regelwerk gewährleistet werden. Das Verursacherprinzip muss dabei mehr als bisher Anwendung finden. Aber auch freiwillige Maßnahmen und Qualitätssiegel werden ihren Platz haben. Verbraucherpolitik ist für uns Teil einer modernen Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen in der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien zahlreiche Veränderungen auf den Weg bringen, die zu besserem Verbraucherschutz führen:

- In Deutschland muss die Produkthaftung verbessert werden, damit Handel und Unternehmen mehr Verantwortung für ihre Ware übernehmen, bevor es zu Problemen kommt.
- Neue Märkte brauchen neuen Verbraucherschutz. E-Commerce wird nur funktionieren, wenn es auch E-Verbraucherschutz gibt. Neue Technologien eröffnen neue Perspektiven. Dabei legen wir aber auch ein Augenmerk auf die Nebeneffekte, die gravierend sein können, wie das Beispiel mobile Kommunikation und Elektromog veranschaulicht. Vorsorgender Verbraucherschutz will neue Technologien nicht madig machen, sondern Sicherheit und Transparenz herstellen. Technikfolgenabschätzung ist deshalb ein wichtiger Bestandteil unseres Verbraucherschutzes.
- Kennzeichnungen und Produktlabels bedürfen einer kritischen Überprüfung. Egal ob bei den Baumaterialien, Textilien, Kinderspielzeugen oder Nahrungsmitteln – überall stellen sich Fragen nach einer umfassenden Verbraucherinformation und einer verbesserten Standardsetzung.
- In den kommenden Jahren wird unser Rentensystem durch eine zweite Säule der privaten Alterssicherung ergänzt. Wir wollen die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher beim Aufbau der zweiten Säule wahren. Dazu gehören umfassende Informationspflichten der Anbieter von Finanzdienstleistungen und Mindeststandards für eine steuerliche Förderung verschiedener Anlageformen.

- Weiterbildung wird in unserer Gesellschaft zu einem Schlüssel für deren Innovationsfähigkeit. Auf dem wachsenden Bildungsmarkt müssen die Lernenden umfassender informiert werden. Wir werden deshalb für eine Übersicht sorgen, aus der die Qualität der Angebote hervorgeht.
- Wir wollen den mündigen Patienten. Deshalb wird der Schutz von Verbraucherinteressen im wachsenden Gesundheitsmarkt von großer Bedeutung sein. Egal ob Zusatzangebote, Wellness oder Pflegeleistungen: Die Patienten müssen im Mittelpunkt stehen, und vorsorgender Verbraucherschutz hat ihre Interessen an die erste Stelle zu rücken.
- Der durch die grünen MinisterInnen Jürgen Trittin und Andrea Fischer eingeleitete Paradigmenwechsel im Politikfeld Umwelt und Gesundheit muss fortgeführt und ausgestaltet werden. Umwelt und Gesundheitspolitik soll künftig immer die Auswirkungen von Umweltschäden auf den Menschen vorsorgend und systematisch berücksichtigen. Besonderes Augenmerk soll dabei den Gesundheitsinteressen von Kindern gelten.

Konkret ist hier die Forderung nach Eingrenzung der Planung und des Baus von Massentierställen mit Ihren verheerenden allergenisierenden Auswirkungen auf die Bewohner ländlicher Gebiete zu nennen. Die Produktionsanlagen sind als das zu beurteilen, was Sie sind: keine bäuerliche Landwirtschaft sondern industrielle Produktionsstätten. Dies muss insbesondere bei der Neuregelung der IVU/UVPRichtlinie berücksichtigt werden.

Verbraucherpolitik muss einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Die genannten ehrgeizigen Ziele sind nur ressortübergreifend zu erreichen. Aber die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch, in der Regierung eine Ansprechpartnerin zu finden: Die Verbraucherschutzministerinnen Renate Künast und Bärbel Höhn sind die Anwältinnen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir schaffen ein neues Bundesamt für den Verbraucherschutz. Hier werden viele Interessen und Belange der Verbraucher gebündelt.

Ein vorsorgender Verbraucherschutz funktioniert nur im Zusammenspiel mit den VerbraucherInnen selbst. Wir wollen sie nicht nur passiv schützen. Wir wollen sie als aktive Partner. Deshalb wollen wir die Verbrauchersouveränität und die Mündigkeit der VerbraucherInnen durch maximale Transparenz und verstärkte Anstrengungen bei der Verbraucheraufklärung und -bildung fördern, damit sie bewusst und selbstständig ihre Entscheidungen am Markt treffen. Nur dann kann eine "Politik mit dem Einkaufskorb" funktionieren.

Bei den Verbraucherzentralen sind die Kürzungen der letzten Jahre zurückzunehmen und die Voraussetzungen für eine umfassende und kostenlose Ernährungsberatung zu schaffen.

Verbraucherpolitik ist nicht nur Aufgabe der Bundespolitik. Verbraucherbelange werden durch viele Entscheidungen auf EU-, Landes- und kommunaler Ebene berührt. Bündnis 90/Die Grünen machen daher die Interessen von VerbraucherInnen zur Richtschnur ihrer Politik auf allen Ebenen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass insbesondere die unabhängigen Verbraucherberatungen gestärkt und finanziell sowie personell besser ausgestattet werden.